

# Die einen sagen Risiko, die anderen Chance

**HIRSCHBERG.** Wenn die beiden stärksten Wirtschaftsmächte der Erde Regeln für den gegenseitigen Handel und Investitionen erstellen, wird dies große Auswirkungen für die Menschen beider Gesellschaften haben. Das Transatlantische Handels- und Investitionsschutz Abkommen (TTIP), das sich derzeit im Entstehungsprozess befindet, war Thema bei einem Diskussionsabend der Grünen Liste Hirschberg.

## Hemmnisse abbauen

Dass die Kommunalpolitiker einen Gesprächsgegenstand aufgegriffen haben, der den Menschen auf den Nägeln brennt, belegte ein voll gefüllter Saal im Hilfeleistungszentrum in Leutershausen. Das hochkarätig besetzte Diskussionsforum, das die eigene Sicht der Redner auf das Abkommen erläuterte, wie auch die Fragen des Publikums beantwortete, bestand aus der Bundestagsabgeordneten der Grünen, Dr. Franziska Brantner, dem Geschäftsführer der IHK Rhein-Neckar Abteilung International, Matthias Kruse, und dem Landtagsabgeordneten der Grünen, Hans-Ulrich Sckerl. Sie alle begrüßte der Vorsitzende der Grünen Liste Hirschberg, Egon Müller zu einer Diskussion über die Risiken und Chancen des TTIP. Durch das Freihandelsabkommen will die EU und die USA versuchen, Hemmnisse des gemeinsamen Handels zu reduzieren, gemeinsame Standards für Produkte zu definieren und die Investitionen von Unternehmern des einen Landes, welches im anderen tätig ist, zu schützen.

Um dies zu erreichen, soll ein völkerrechtliches Abkommen geschlossen werden, bei dem ein nicht

staatliches Schiedsgericht in Streitfragen hinzugezogen werden kann, um rechtswirksame Urteile zu fällen. Nach der Ausarbeitung des Abkommens muss dieses durch das Europaparlament und die US-Regierung ratifiziert werden, wie auch durch die einzelnen Europäischen Staaten.

## Brantner will mehr Transparenz

Für Brantner überwiegen die Risiken klar die Chancen eines solchen Abkommens. Sie vertrat die Auffassung, dass zwar einerseits das Angleichen von Standards in spezifischen Fragen, wie beispielsweise die Angleichungen von Regelungen bei der Kfz-Produktion, von Vorteil sein kann. Dem stünde allerdings die mangelnde Transparenz bei der Ausarbeitung des Vertrages entgegen, wie auch das Schaffen einer nicht öffentlichen aber aus Privatanwälten bestehenden Instanz des Schiedsgerichtes, das obendrein nur von der Industrie nicht aber von Verbänden oder Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) angerufen werden kann. „Die Auswirkungen durch dieses Vorgehen sind ungewiss.“ Darüber hinaus sei zweifelhaft, ob eine Gesellschaft wie die EU, in der das Vorsorgeprinzip herrsche, der Staat also hauptsächlich verantwortlich für die Regeln der Industrie und deren Folgen ist, und dem Recht in den USA, bei dem Unternehmen deutlich stärker für die Folgen ihres Handelns finanzielle Verantwortung tragen müssen, unter einen gemeinsamen Nenner gebracht werden könnten.

Kruse wies darauf hin, dass bilaterale Verträge die Folge von der Schwierigkeit der Welthandelsorga-



Mit dem transatlantischen Handelsabkommen TTIP befasste sich jetzt eine Podiumsdiskussion der Grünen Liste Hirschberg und der Bergstraßeer Grünen im Hilfeleistungszentrum.

BILD: RITTELMANN

nisation (WTO) sei, weltweit geltende Regularien zu finden. Daher trügen aufgrund unterschiedlich gestalteter Abkommen besonders die finanzschwächeren Kleinunternehmer ein hohes Risiko bei Investitionen im Ausland. Das TTIP könnte zu einem Abbau der Zölle führen, was eine Einsparung für die Mitgliedsbetriebe der IHK in Deutschland allein von über 50 Millionen Euro nach sich ziehen würde. Zwar sei es schwer, bei bereits etablierten Standards einen gemeinsamen Nenner zu finden, aber die Auswirkung auf das Schaffen zukünftiger Standards, wie zum Beispiel im Bereich Nano-, E-Mobilität und Computertechnologie seien für beide Wirtschaftsmächte positiv.

Sckerl wies ebenfalls auf die fehlenden Informationen über den Ge-

staltungsprozess des Papiers hin, eine Kritik die nicht nur in Europa, sondern auch in den USA an dem Vorgehen geäußert werde. Ein Abbau der Handelshemmnisse dürfe keinesfalls auf Kosten der derzeit in Europa geltenden Standards gehen. Das Europa-Parlament dürfe keinesfalls Rechte zugunsten eines Schiedsgerichtes preisgeben. Die kommunale Daseinsvorsorge, wie beispielsweise Fragen zur Institution der Feuerwehr oder der Kindergärten in öffentlicher Hand dürften nicht Gegenstand des Vertrages werden. Allgemein gewünschte Werte, wie der Verzicht auf Gentechnik bei Lebensmitteln und Landwirtschaft, etwas was 90 Prozent der Bevölkerung unterstützten, dürften durch diesen Prozess nicht in Frage gestellt werden. Nach dem

Beantworten der Fragen zogen die drei Diskutanten ihre Schlussfazit: „Es lohnt sich für den Bürger, sich nun in dieser Frage zu engagieren.“ Durch den Druck der Öffentlichkeit auf eine transparentere Gestaltung des Prozesses sei schon viel erreicht worden, sagte Brantner. „Informieren sie sich aus erster Quelle“, riet Kruse den Zuhörern und verwies auf die zugänglichen Dokumente wie dem Verhandlungsmandat für die 60 Vertragsgestalter der Europäischen Union oder den Positionspapieren.

Dadurch würden viele Missverständnisse abgebaut. „Fordern Sie Rechenschaft von Ihrem Bundestagsabgeordneten“, empfahl Sckerl den Bürgern, der die Zuhörer aufforderte, den Prozess der Vertragsgestaltung aktiv zu begleiten. uf